

Leserecho

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Wohnen**

Band (Jahr): **66 (1991)**

Heft 9: **Heizung, Energie**

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Frauen in Baugenossenschaften

«das wohnen» Nr. 5/91, S. 4 ff.

Im Anschluss an den Kongress «Alleinerziehende im Aufbruch – Wir sind mehr als ihr glaubt» ist eine umfangreiche Dokumentation entstanden. Die Veranstaltung wurde von der Landesarbeitsgemeinschaft der hessischen Frauenbeauftragten in Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung veranstaltet. In der Diskussion kristallisierten sich verschiedene Vorschläge und Forderungen heraus. Aus dieser Aufzählung von 14 Punkten sei hier eine Auswahl abgedruckt:

1. Die Grundforderung ist: Es müssen mehr Sozialwohnungen gebaut werden als in den vergangenen Jahren.
2. In weitaus grösserem Masse als bisher müssen neue Wohnformen, die den verschiedenen Lebensformen besser gerecht werden, und Wohnbauexperimente, die neue Wohnverfahren ermöglichen, verwirklicht und gefördert werden.
3. Die Öffentlichkeitsarbeit muss intensiviert werden, zum Beispiel über die Frauenbeauftragten oder über Fortbildungsveranstaltungen. Auf diese Weise kann ein Bewusstsein dafür geschaffen werden, dass Wohnbauarchitektur sowie Stadt- und Verkehrsplanung weibliche Lebensführung beeinflusst.
4. Weil alleinerziehende Mütter überproportional oft Mieterinnen in Sozialwohnungen sind, muss der öffentlich geförderte Wohnungsbau stärker auf die Bedürfnisse dieser Bewohnergruppe zugeschnitten werden. Die Zahl der Wohnräume sollte nicht ausschliesslich nach der Zahl der Personen im Haushalt bemessen werden, sondern muss die soziale Lage der Familie bzw. des Haushalts ebenfalls in Rechnung stellen.
5. Alleinerziehende Mütter sollten die Möglichkeit haben, gemeinsam in eine geförderte Wohnung zu ziehen.
6. Ein festes Kontingent an Wohnungen sollte an alleinerziehende Mütter vergeben werden. Dabei ist darauf zu achten, dass Einelternfamilien nicht konzentriert wohnen, sondern inmitten anderer Familien und Haushalte.
7. Öffentlich geförderte Wohnungen sollten entsprechend den neuesten sozialwissenschaftlichen Erkenntnissen gebaut werden: Sozialwohnungen für zwei Personen sollten neben der Küche und dem

Wohnzimmer stets zwei Individualräume enthalten, die beide mindestens 10 m² gross sein sollten. Die Küche sollte nicht abseits am Eingang als Funktionsküche, sondern als zentral gelegener Raum in Verbindung mit einem Wohnraum konzipiert werden. Die Räume sollten nutzungsoffen und gegebenenfalls teilbar sein.

8. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf steht und fällt mit der Möglichkeit der Kinderbetreuung. Damit vielfältige Formen der Kinderbetreuung verwirklicht werden können, ist eine breite Palette vielfältiger Angebote erforderlich: Gemeinschaftsräume, zum Beispiel ein Kinderhaus im Wohnungsnahbereich, ausreichend viele Hortplätze im Wohngebiet, Grundschulen in Form von Betreuungsschulen bzw. echten Halbtagschulen, mittel- und längerfristig auch Ganztageschulen.

9. Frauen müssen stärker im Bereich Stadtplanung und Wohnbauarchitektur einbezogen und beteiligt werden, weil sie über mehr Erfahrungswissen verfügen und weil sie die Betroffenen sind, die unter einer männerdominierten Wohnbauarchitektur und Stadtplanung zu leiden haben.

Quelle: *Lebensräume – Lebensträume*; Antje Flade u.a.; Darmstadt 1991. ■

Briefkastenkennzeichen gegen unadressierte Werbung

«das wohnen» Nr. 5/91, S. 36

Im «wohnen» Mai 1991 spricht das Konsumentinnenforum (KF) vom Recht jeder Mieterin/jedes Mieters – dem «vorgesehenen Zweck» der gemieteten Wohnung entsprechend –, auch über die Aussen- seite ihres/seines Briefkastens verfügen zu dürfen. Die Benützung einer gemieteten Wohnung «zum vorgesehenen Zweck» endet jedoch eindeutig an der Innenseite von Wohnungstür, Kellertür, Fenster und auch Briefkastentür. Wie das KF aus diesem eindeutigen Sachverhalt das Recht ableitet, dass Kleber des Schweizerischen Konsumentenbundes SKB an allen Briefkästen ohne Zustimmung des Hauseigentümers angebracht werden dürfen, ist unverständlich. Die Briefkästen sind zur Aufnahme aller Post vorgesehen. Unabhängig davon, ob

es für den Empfänger gute oder schlechte Post und ob sie mit seiner religiösen, politischen, ökonomischen oder wirtschaftlichen Weltanschauung übereinstimmt. Es gibt kein Recht, auf dem Briefkasten mit Klebern zur selektiven Annahmeverweigerung aufzurufen oder selber Reklame zu machen oder Bekenntnisse zu Heilslehren anzubringen.

Die wichtigste und damit die grösste und dominierende Kennzeichnung auf den Briefkästen muss der Name der Mieterin/des Mieters sein und bleiben. Trotzdem sind die KF-Kleber grösser als die üblichen Namensschilder. Für den Antireklametext wird davon 10 Prozent, für SKB/KF-Schleichwerbung 90 Prozent des Mogelpackungsklebers verwendet. Diese grossen Kleber werden zudem wild über Briefkastentürchen geklebt und geben so ein Musterbeispiel der Verschandelung durch penetrant wirkende Reklame ab. Einige der betroffenen Gratiszeitungen reagierten darauf clever mit viel kleineren Gegenklebern. Damit begann der Kampf um die Gratiswerbefläche auf der Briefkastenfront. Die früher übersichtlichen und sauber gekennzeichneten Briefkastenanlagen werden so immer hässlicher.

Briefkastenleitzahl

Trotzdem: Für eine einheitliche, ergänzende Kennzeichnung könnte die Zeit reif sein. Als zusätzliches Instrument zur Rationalisierung, Kostensparung und Sicherung der Zustellung der Post.

Ein erstes Feld ist für die Briefkastenleitzahl BKL – die fortlaufende Briefkastenummerierung – als Ergänzung der Hausnummerierung reserviert. Die BKL ermöglicht auch Postaushilfen, ohne lange zuerst nach dem Namen suchen zu müssen, die speditive, fehlerfreie Postverteilung. Nach erfolgreicher Einführung der PLZ sollte mit einem ähnlichen Rationalisierungseffekt auch eine BKL eingeführt werden können.

Weitere Felder dienen zum Einkleben von Kennzeichen für erwünschte oder unerwünschte Sendungen. Diese Kennzeichnung vereinfacht die Verträgerdienste und ermöglicht es, besser als heute, weil institutionalisiert und einheitlich, auch unerwünschte Drucksachen fernzuhalten.

K. Wolff, Zürich ■